

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Beherzigenswerte Worte

Wie tief die Erregung über die Teuerung durch die breite Masse des Volkes geht, darüber werden wir stündlich durch die uns zu Ohren kommenden Klagen belehrt. Auch die Tagespresse kann nicht mehr umhin, mit allem Ernst auf die vorhandene Stimmung hinzuweisen und um Abhilfe zu ersuchen. Es scheint, daß wir nunmehr einen Höhepunkt erreicht haben, der nicht mehr ohne die größten Gefahren für unsere innerpolitischen Verhältnisse, insbesondere auch nach dem Kriege, überschritten werden kann. Dem gibt drastisch ein Artikel der nationalliberalen „Sächsischen Zeitung“ (Nr. 1073), den wir in nachfolgendem wiedergeben, Ausdruck.

Der Krieg, so schreibt das Blatt, hat vom Volke schwere Opfer gefordert und fordert noch täglich mehr. Und das Volk trägt sie in heroischem Gleichmut; trägt sie, weil es weiß, daß Deutschland diesen Krieg, den es nicht gewollt hat, in den Reich und Mitleid es hineingetrieben haben, um sein Dasein zu führen, und daß die kirchlichen Opfer an Gut und Blut für das kostliche Gut der dauernden Sicherheit des Reiches gebracht werden. Aber dieses selbe Volk, das für hohe Zwecke ohne Murren alles hingibt, hat auch ein feines Empfinden für den Unterschied zwischen Leiden, die die Pflicht gegen das Vaterland stumm zu tragen vorschreibt, und den anderen Bebrüdungen im Kriege. Erbitterung frißt in Volke um sich, weil ihm das Ausharren in dem langen Ringen so sehr erschwert wird von denen, die in den wirtschaftlichen Umständen, wie sie gerade dieser Krieg mit seiner Versperrung der Zufuhrstrassen heraufgeführt hat, eine einzigartige Kriegskonjunktur, eine wunderbare Gelegenheit, Geld zu verdienen, sehen. Der Kriegswucher bleibt der häßlichste Fleck auf dem blanken deutschen Ehrenschilde, und die Kriegswucherer laden die erbrüdende Verantwortung auf sich, in dem Opferbereiten, ausdauernden, siegesbewußten Volke allmählich eine dumpfe, verbitterte Stimmung zu erzeugen. Der Produzent, der Großhändler, der Zwischenträger auf der einen Seite, wie sie aus der Spekulation mit den unentbehrlichsten Lebensmitteln Reichtümer aufhäufen, wie sie in Friedenszeiten nur einmal ein glücklicher Zufall zusammenbringt, und auf der anderen Seite die auf die knappe Unterstützung angewiesene Kriegerfrau, die mit ihren beschränkten festen Bezügen haushaltende Beamtenfamilie, gezwungen, die Rationen täglich zu verringern, nicht nur auf den letzten Luxus, nein, auch auf das Notwendigste allmählich zu verzichten. Wenn lähe man über diese häßlichen Bilder wenigstens in dieser Zeit hinweg, in der Hoffnung, daß später ausgeglichen wird, was sich jetzt als uneben erwiesen hat, und daß sich manches später rächt oder belohnt. Aber die Spannung in der Bevölkerung ist doch derart, daß sich ein Ventil öffnen muß. Dieses Volk, dessen Söhne, Brüder und Väter draußen täglich Wunder an Ausdauer und Tapferkeit verrichten, hat ein Recht darauf, vor Leuten geschützt zu werden, die in frevelhaftem Eigennutz das zum Leben Notwendigste, das tägliche Brot, verschleifen oder nur zu Wucherpreisen herausgeben. Ermahnt, beschworen, gewarnt sind diese Schädlinge der Nation genug; was bisher gegen den Lebensmittelwucher unternommen worden ist, war zaghaft gedacht und wurde ungenügend durchgeführt; die größte Strenge, das strengste Durchgreifen wird zur Wohltat für das Volk werden und wird die durch die Wuchermethoden muffig gewordene Luft im Innern wieder reinigen.

Die Frage nach den Schuldigen läßt sich schlüssig nicht beantworten. Von der Produktion zum Verbraucher ist ein langer Weg, und wie man überall auf diesem Wege Vaterlandsfreunde finden wird, die sich der Verantwortlichkeit ihrer Tätigkeit in dieser Zeit voll bewusst sind und denen ein Gewinn, der mit dem Preise der Unzufriedenheit des Volkes erkauft wird, nicht erstrebenswert erscheint, so wird man auch überall solche treffen, die eine Gelegenheit zum Geldverdienen nicht vorbegehen lassen. Unsere

Landwirte sind den Vorwürfen wohl am meisten ausgesetzt. Das ist schon von vornherein erklärlich, weil die notwendigsten Lebensmittel eben vom Lande kommen, und weil die Bedingungen, unter denen sie gewonnen werden, den Verbrauchern meistens unbekannt sind. So sind die Bauern häufig das Ziel ungerechtfertigter Angriffe geworden, schon vor diesem Kriege und auch in diesem Kriege. Das hätte sie vorsichtig machen sollen, das mußte ihnen und vor allem ihren Vertretungen in verdoppelter Maße die Verpflichtung auferlegen, die Landwirtschaft vor neuem Verdacht und neuer Feindschaft zu bewahren. Es ist ihnen nicht geglückt. Daß die Landwirtschaft diesen Krieg viel mehr als Geld einbringende Konjunktur auffaßt, als zulässig ist, das haben die Zeiten doch bewiesen, und die letzten Erfahrungen mit der neuen Kartoffelernte bringen auch alte Freunde gegen die Landwirtschaft auf. Wie hoch unsere Achtung vor den Leistungen der durch die Einziehungen doch stark geschwächten Landwirtschaft im Kriege auch ist, wie sehr wir auch die erschwerten Bedingungen würdigen, unter denen sie heute arbeitet — die „Sächsische Zeitung“ hat das wiederholt in aller Ausführlichkeit geschildert —, so sehr bedauern wir doch die jüngsten Vorkommnisse, die auf dem Konto der Landwirtschaft stehen, und so dringend fordern wir Abhilfe dagegen. Die Gewißheit, daß wir in Kartoffeln eine Notodernte zu verzeichnen haben, wie sie seit langen, langen Jahren nicht mehr vorgekommen ist, die dem Volke dieses notwendigste Lebensmittel in überreichlicher Menge zu billigen Preisen zur Verfügung stellen könnte, hat geradezu befreiend gewirkt, weil sie an Wirkung auch dem größten Schladichtenhege nicht nachstand. In diesem Freudebecher aber ist ein bitterer Tropfen gefallen. Trotz der gewaltigen Ernte und obwohl die Reichsregierung durchaus angemessene Höchstpreise zwischen 2,75 M und 3,05 M den Zentner festgesetzt hat, ist es bisher weder den Kommunen noch den Haushaltungen im volkreichen Westen möglich gewesen, ihren Winterbedarf zu angemessenen Preisen zu decken. Freiwillig verzichten die Landwirte sich nicht dazu, Kartoffeln zu diesen Preisen, die den Produktionswert durchaus decken und darüber hinaus noch einen angemessenen Gewinn lassen, abzugeben; und aus vielen Landstrichen, in denen der kleine Bauernbesitz heimisch ist, kommen beglaubigte Meldungen, daß die Bauern absichtlich mit der Ware zurückhalten, weil sie für spätere Zeiten höhere Preise erwarten. Daß ein solches Verhalten eine grobe Verfündigung am Volkswohl darstellt, ist nicht zu bestreiten. Wir wissen auch, daß die landwirtschaftlichen Vertretungen und die Führer dieses gefährliche Treiben der Landwirte mißbilligen. Ob das mit dem nötigen Nachdruck und mit dem nötigen Erfolge geschehen ist, muß man bezweifeln. Jedenfalls werden die Landwirte, wenn nicht in, so doch nach diesem Kriege die Folgen aus diesem Verhalten zu tragen haben. Man vergesse nicht, daß das deutsche Volk und gerade die Kreise, die auf eine billige Kartoffelversorgung am meisten angewiesen sind, alljährlich Millionen und Übermillionen an Zöllen für den Schutz und die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft geopfert haben. Wir sind weit davon entfernt, diese Opfer, die die Allgemeinheit der Landwirtschaft gebracht hat, heute zu bedauern; aber es fragt sich doch, ob es im wohlverstandenen Interesse der Landwirtschaft selbst liegt, heute in kurzfristiger Gewinnsucht große Kriegsgewinne einheimen zu wollen und damit weite Volkstreife, die ihr bisher wohlgejehnt waren, vor den Kopf zu stoßen. Den Führern und den Vertretungen der Landwirtschaft erwächst jetzt die wichtige Aufgabe, diese verhängnisvolle Entwicklung aufzuhalten und die Bauern in ihrem eigenen Interesse zu bewegen, ihre Kartoffelvorräte dem Volk zu den von der Regierung festgesetzten und von agrarischen Sachverständigen gebilligten Preisen zur Verfügung zu stellen. Die „Deutsche Tageszeitung“ erhebt den Einwand, daß die Wetterverhältnisse der letzten Wochen die reichliche Zufuhr von Kartoffeln verhindern haben. Sollten aber auch die nächsten Tage und Wochen noch keine Besserung in der Ver-

sorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln bringen, so wird die Regierung nicht zögern dürfen, mit den letzten Maßnahmen, die sie bisher zurückgehalten hat, mit der allgemeinen Beschlagnahme und der Festsetzung niedriger Höchstpreise vorzugehen.

Manches entlastet ja auch wieder die Landwirtschaft; nicht überall ist es das Streben nach überreichlichem Gewinn, das die Preise der Lebensmittel schon an der Erzeugungsstelle auf eine ungesunde Höhe treibt. Auch die Händler tragen Schuld, die um jeden Preis im Geschäft sein wollen, bis zu den Bauern hinausgehen und sich gegenseitig überlisten, in der festen Zuversicht, daß auch beim höchsten Einkaufspreis sich im Wiederverkauf noch ein Gewinn erzielen läßt. Und letzten Endes sind es ja auch die Verbraucher und Verzehr, die den Preis mit bestimmen, weil sie ihn zahlen. Volenti non sit iniuria. Gewiß, viele und gerade die schwächsten Kreise sind dem einmal festgesetzten Preise willenslos ausgeliefert; sie müssen zahlen, was gefordert wird, um ihr Leben zu fristen. Anders aber — und damit kommen wir zu dem Punkte, der leider immer noch zu wenig Beachtung gefunden hat — schädigen durch überhastete, überreichliche Einkäufe, durch Bewilligen von Ueberpreisen sich selbst, was ihnen niemand verwehren darf, darüber hinaus aber auch das Volksganze, was in den Wirkungen nicht weit hinter der Kriegswucherer selbst zurücksteht. Es ist ein Eigennutz, genau so strafbar, genau so vollgefährlich, genau so unvaterländisch wie das unmittelbare Uebervertreiben selbst, wenn sich der reiche Mann, die bemittelte Hausfrau der Lebensmittelschätze bemächtigt und sie zu Liebhabereien und in verschwenderischer Menge zusammenkauft. Daß er oder sie damit den Markt von Waren entleert und den Anschein einer Knappheit an Waren hervorzurufen, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist, ist dabei nicht einmal das Bedauerlichste; jeder dieser Aufkäufer ist ein Lebensmittelpfeulant im schlimmsten Sinne des Wortes, im schlimmsten Sinne deshalb, weil ihn nicht entlasten kann, was den ordentlichen Kaufmann in der Spekulation noch entschuldet, daß er damit sein Geschäft treibt wie er es gewöhnt ist. Jeder dieser Aufkäufer treibt weit über seinen Anteil am Verbrauch hinaus dauernd seinen ärmeren Mitbürgern die Preise in die Höhe. Vollständig verbannt werden sollte in dieser Kriegszeit die Vorstellung, daß man mit seinem Gelde machen dürfe, was man wolle. Nur für die armen und schwachen Kreise ist das Durchhalten in diesem Kriege ein Geldproblem; für die bemittelten, wohlhabenden und reichen Schichten ist es, genau wie in England, ein Sparsamkeitsproblem. Nur mit dem Unterschied, daß der reiche Engländer auf seinen Luxus verzichten muß, um die englische Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten, um mehr Mittel für die Kriegführung hergeben zu können, während der wohlhabende Deutsche auf das verzichten soll, was dem Volke nur in beschränkter Menge zur Verfügung steht, was er kraft seines Geldes durch anderes ersetzen kann. So ergibt sich auch ohne weiteres, woran der Deutsche, mag er es sich leisten können oder nicht, sparen muß; er muß die Vorstellung eines gemeinsamen Haushalts gewinnen, in dem alle Volksgenossen satt werden sollen. Die Milchnot droht zunächst den Kindern und Kranken; die Fettnot drückt am empfindlichsten auf die armen Leute, denen der Fleischgenuß schon seit Beginn des Krieges so gut wie verboten ist. Der bemittelte Deutsche, der sich aus der Sphäre der fatten Behaglichkeit in diesen Zeiten herausgerettet hat, weiß, weshalb er auf die Milch im Kaffee verzichtet, warum er das Brot dünner bestreicht: Er arbeitet dem Raubbau entgegen, der jetzt kraft des Geldes mit den zusammengekauften Milch- und Fettbeständen von den Reichen getrieben wird, er bringt ein Opfer, das für die Wohlfahrt der Nation wertvoller ist als blankes Geld; er zwingt sich selbst. Ob mit solchen Maßnahmen auf freiwilligen Verzicht das neue Vorratsproblem gelöst werden kann, wagen wir nicht zu hoffen. Die Brotkarte muß Schule machen; ihr muß die Fett- und Fleischkarte folgen. Die Mahnung aber soll stehen

bleiben. Wer nicht will, daß die böse Stimmung weiter um sich frist, der trage sein Teil dazu bei, die Quellen zu verstopfen und warte nicht nur auf neue Vorschriften und Bekanntmachungen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Urteile der Zeit

Vor dem Kriege ist den Gewerkschaften häufig der Vorwurf gemacht worden, sie wirkten hemmend auf die Produktion, ja sie suchten bewußt die Arbeitsleistung zu beschränken, um die Löhne nicht herunterzubringen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands haben sich mit Recht gegen diese völlig unbegründeten Vorwürfe zur Wehr gesetzt. Jetzt darf es ihnen zur besonderen Empfehlung gereichen, daß selbst in Unternehmerkreisen eine gerechtere Beurteilung der Gewerkschaften in ihrer Einwirkung auf die Produktion Platz greift. Wie in der „Wkn. Ztg.“ (928, 1915) mitgeteilt wird, hat kürzlich Herr Dr. W. Wabschmidt, Vorstandsmittglied der Waffensabrik Ludwig Löwe u. Co., in einem Aufsatz über „Die deutsche Waffenindustrie im Kriege“ deren Ueberlegenheit in der Hauptsache auf die wissenschaftliche Durchbildung unserer Ingenieure und auf die Tüchtigkeit und Bereitwilligkeit der Arbeiter zurückgeführt. Dabei wird den Arbeiterorganisationen folgende Anerkennung öffentlich ausgesprochen:

„Die deutschen Gewerkschaften haben nie, wie die englischen Trade Unions, verboten, daß ein Arbeiter mehrere Maschinen bedienen soll. Ein solches Verbot muß begreiflicherweise besonders lähmend dann wirken, wenn es sich um Massenfabrikation handelt, bei der automatisch arbeitende Maschinen verwendet werden können, die nur geringer Bedienung bedürfen. In Deutschland hat die Arbeiterchaft nie gefordert, daß eine Drehbank, obgleich sie keines gelernten Drehers zur Bedienung bedarf, weil sie mit automatisch arbeitenden Werkzeugen ausgerüstet ist, trotzdem nur von einem gelernten Dreher bedient werden muß, bloß, weil die Maschine Dreharbeit verrichtet. Der englische Konservatismus, zu deutsch Starrköpfigkeit, verlangt es anders; daher bei Massenbedarf Mangel an gelernten englischen Drehern, um so mehr, als sie im Munitionsfabrik, und ihnen die Werbetrommel ein bequemeres Leben versprach. Die Gewerkschaften haben sich auch nie dagegen gestraubt, daß Werkzeugmaschinen, die von weiblichen Personen bedient werden können, von solchen bedient werden. In England scheint erst die Not eines einjährigen Krieges erforderlich gewesen zu sein, um dies im Wege der Gesetzgebung durchzusetzen.“

Lob der Vertreter eines bekannten Großbetriebes sich in solch anerkennender Weise über die Gewerkschaften äußert, verdient als Zeichen der Zeit besondere Beachtung und für die Zukunft festgehalten zu werden. In ähnlicher Weise hat im Bayerischen Landtag Staatsminister von Herffing über das Verhalten der Arbeiter im Kriege geurteilt.

„Ein besonderes Wort des Dankes“, so führt er aus, „muß endlich unseren gewerblichen Arbeitern gewidmet werden. Sie haben die Opfer, welche ihnen zumal im Anfang des Krieges bei der Störung des Geschäftslebens auferlegt wurden, und das erhöhte Arbeitsmaß, welches in allen für die Landesverteidigung tätigen Betrieben von ihnen gefordert werden mußte, willig auf sich genommen. Mit den Verbänden der Arbeitgeber haben die Berufsverbände der Arbeiter gewetteifert, um da, wo durch Arbeitslosigkeit oder infolge des auf dem Felde der Ehre erfolgten Todes der Erzherr Not eingezogen ist, neben der staatlichen Hilfe helfend und unterstützend einzugreifen. — Das patriotische Verhalten der Arbeiterverbände wird auch bei der bayerischen Regierung unvergessen bleiben.“

In diese anerkennenden Worte müssen wir leider auch einige Tropfen Bitterkeit gießen. Unverkennbar scheint man nach wie vor den Gewerkschaften gegenüber in den tonangebenden Kreisen der Unternehmerorganisation zu sein. Vor einem „Wkn.“ ist da noch herzlich wenig zu vernehmen. Doch will vor lehr man es sich nicht an, die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Lediglich bedachte die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 36, 1915) einen Artikel zur „Streikschwierigkeit“, worin mit gründer Offenheit gesagt wird: „Mit Entschiedenheit aber muß es die Arbeiterschaft abweisen, in allen diesen Fragen je mit Gewerkschaftsvertretern, denn das hat ganz im Gegenteil zu den Arbeitern die eigentlichen Repräsentanten der Arbeitgeber, und sie leben nicht nur von der Tätigkeit und dem Gedeihen, das sie den Arbeitern aus der Tätigkeit ziehen, sondern auch zu sagen, daß wenn diese Forderungen der Arbeitgeber, die Forderungen solcher Leute, die das Wohl des Landes und der vielen Arbeiter zu gefährden, nicht aufgegeben werden, dann wird die Produktion zum Stillstand kommen.“

Daß der abgenutzte häßliche Vorwurf, die Arbeiterführer lebten von dem Gelde, das sie den Arbeitern aus der Tasche ziehen, in dieser Kampfansage an die Gewerkschaften erneuert wird, zeigt die unverminderte Abneigung der scharfmacherischen Großindustriellen gegen die Organisationen der Arbeiter. Aber auch sonst scheinen diese Unternehmer genau die Alten bleiben zu wollen. In einer andern Nummer der Arbeitgeber-Zeitung (40, 1915) wird der von Sozialpolitikern und Arbeitern vertretene Grundsatz bezüglich der Frauenarbeit: „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“ damit abgetan, daß dort, wo ungleiche Löhne anzutreffen wären, „nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zuviel erhält“. Diese Auslegung ist eine glatte Bestätigung der Ansicht, daß die Unternehmer die billigere Frauenarbeit als Mittel zum Lohnbruch benutzen wollen. Wer will es den Arbeitern und Arbeiterinnen verwehren, wenn sie sich gegen derartige Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln zur Wehr setzen.

Kriegs-Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe

4. Sitzung des Zentral-Ausschusses der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe in Berlin (Bernburger Straße 21) am 7. Oktober 1915.

Bei Eröffnung der Sitzung teilt Herr Popp mit, daß der Antrag auf Einberufung von Herrn Silberichmidt gestellt ist.

Herr Dr. Froehner berichtete sodann über die Tätigkeit des Zentralausschusses bezw. der Geschäftsführung seit der letzten Ausschusssitzung, die am 18. März 1915 stattgefunden hat. Er führte aus: Wenn in den letzten verflochtenen sieben Monaten ein Bedürfnis zur Abhaltung einer Sitzung weder auf Arbeitgeber- noch auf Arbeiterseite empfunden worden ist, so liegt das wohl daran, daß der Hauptvor der Arbeitsgemeinschaft, die darniederliegende Bautätigkeit nach Möglichkeit zu heben, um die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu beseitigen, mit dem Verringerwerden und Aufhören der Arbeitslosigkeit an Bedeutung verloren hat. Die geschäftliche Tätigkeit des Zentralausschusses ist aber selbstverständlich nicht unterbrochen worden. Die beiden Geschäftsführer haben am 6. April, 13. April, 28. Juni und 2. September Besprechungen gehabt. Es waren dabei u. a. zu behandeln:

1. Vorschläge des Herrn Architekten Raut-München, das Tischlergewerbe im ganzen Reich zur Herstellung von Wohnungseinrichtungen usw. für Strömlinge heranzuziehen. Diese Angelegenheit konnte von der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft nicht weiter verfolgt werden, da der Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe darin für sich allein vorging. Sie wurde also als eine private Angelegenheit des Holzgewerbes betrachtet, womit sich auf Befragen auch der Arbeiter-Vertreter des Holzgewerbes, Herr Neumann, einverstanden erklärte.

Ferner wurde erwogen: 2. Die Verwendung von Auszügen aus dem neuen Reichshaushaltsplan an die Bezirksausschüsse in derselben Weise, wie im Herbst vorigen Jahres. Da jedoch durchaus nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen war, daß die geplanten Bauten wirklich ausgeführt werden, wurde von der Verwendung Abstand genommen.

3. In das Reichsjustizamt wurde Ende April die Bitte gerichtet, dem Reichstage bei seinem Zusammentritt im Mai dieses Jahres den Gesetzentwurf, betreffend die Beschränkung der Verfügung über Miet- und Pachtzinsen, zur Beschlusfassung vorzulegen. Das ist erfreulicherweise auch geschehen. Damit hat auch die Eingabe der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft vom 12. Februar 1915, betr. den Schutz der Hypothekengläubiger gegen Abtretung und Pfändung von Miet- und Pachtzinsen, ihre befriedigende Erledigung gefunden.

4. Ein Bezirksverband des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe wandte sich im Juni durch diesen Bund unter Hinweis auf den Arbeitermangel mit der Bitte an die Kriegs-Arbeitsgemeinschaft, sie möge den Kommunen, Behörden und Industriellen empfehlen, nur noch insoweit Bauarbeiten zu vergeben, als zur Beschäftigung der noch vorhandenen Arbeiter nötig sei. Die Geschäftsführung kam zu der Ansicht,

„daß durch einen derartigen Antrag große Verwirrung bei den Behörden, Gemeinden und Industriellen entstehen würde, was zur Folge haben kann, daß die voransichtlich in nicht allzu ferner Zeit zu stellenden neuen Anträge, wieder möglichst viel Arbeit zu vergeben, nicht mehr ernst genommen werden. Auch ohne daß ein solcher Antrag gestellt wird, wird gegenwärtig überall dort, wo Arbeitermangel herrscht, ganz von selbst die Vergütung neuer Arbeiten eingeschränkt werden, zumal, wie die Erfahrung gelehrt hat, die Behörden, Gemeinden und Industriellen trotz aller Behinderung durch die Kriegs-Arbeitsgemeinschaft durchaus nicht verjährenwiderig mit der Vergütung von Bauarbeiten gewesen sind. Eine noch weitergehende Beschränkung würde wahrscheinlich auch vielen kleineren Arbeitgebern (besonders in den Neben-gewerben), die dieselbe immer noch ganz ohne Beschäftigung sind und meistens ganz persönlich arbeiten wollen, zum Schaden gereichen. In diesen Gebieten ist übrigens auch Fortführung der Bauarbeiten im Interesse der Bevölkerung der Orte, in denen sie zu machen, daß eine Anzahl Bauarbeiten weiter fortsetzt, die für die nächsten Jahre zu erwarten sind.“

Das ist dem Antragsteller mitgeteilt worden, der darauf seinen Antrag zurückgezogen hat.

5. Dem Vorsitzenden der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft für Schleswig-Holstein wurde auf Anfrage Kenntnis gegeben über die Maßnahmen der preussischen Regierung zur Erleichterung von Pfandbriefämtern für den städtischen Grundbesitz.

6. Der Bezirksausschuß in Frankfurt a. M. hat im Juli beantragt:

1. Der Zentralausschuß wolle beim Deutschen Städtetag dahin vorstellig werden, daß allgemein in Deutschland die Stadtverwaltungen veranlaßt werden, monatlich eine Statistik der Bautätigkeit aufzustellen und zu veröffentlichen. (Ein Muster für diese Statistik ist gleichzeitig vorgeschlagen.)

2. Ferner soll der Zentralausschuß veranlassen, daß der Städtetag bei den zuständigen Regierungen beantragt, daß in Städten über 50 000 Einwohner die Baupolizei den Stadtverwaltungen übertragen wird, damit bei Anfertigung von Bauungsplänen pp. und Erlass polizeilicher Verordnungen die örtliche Eigenart, bzw. das örtliche Interesse besser gewahrt werden kann, als dies sonst der Fall ist.

Die Geschäftsführung hat es zunächst für notwendig gehalten, die übrigen Bezirksausschüsse zu befragen, ob und inwieweit sie sich dem Frankfurter Antrage anschließen.

Sie schlägt dem Zentralausschuß heute vor, zu beschließen:

1. Auf den Antrag des Bezirks-Arbeitgeberverbandes Frankfurt a. M. vom 23. Juni den Deutschen Städtetag zu ersuchen, daß die ihm angeschlossenen Städte monatlich eine Statistik der Bautätigkeit aufstellen und veröffentlichen;

2. dem Antrage desselben Bezirksausschusses, betreffend die Uebertragung der Baupolizei an die Stadtverwaltungen, nicht Folge zu geben, da sich eine allgemeine Behandlung hier nicht empfiehlt, weil die Wünsche der Bezirksausschüsse auseinandergehen.

Der Zentralausschuß beschließt entsprechend.

Herr Silberichmidt überreicht hierauf dem Ausschuss nachstehenden Vorschlag, zu dem er folgenden ausführt:

Die Frage der Beschäftigung der Kriegsbeschädigten ist gegenwärtig und nach dem Kriege von großer Bedeutung. Der Staat hat es als seine Pflicht erkannt, den Kriegsbeschädigten seine besondere Fürsorge angedeihen zu lassen. Allein diese Hilfe wird in vielen Fällen nicht ausreichen. Deshalb muß neben der Staatsfürsorge die berufliche Kriegsfürsorge eingerichtet werden. In vielen Branchen sind berufliche Fürsorgeeinrichtungen schon vorhanden, und auch im Baugewerbe ist hieran schon gedacht worden. Von beiden Seiten ist man in Erwägungen über diese Frage eingetreten. Es fragt sich nun, ob es nicht möglich wäre, die Hilfe zu verstärken, wenn die Kriegs-Arbeitsgemeinschaft diese Aufgabe auf sich nimmt. Dabei entsteht aber sofort die Frage, ob die Fürsorge durch die Kriegs-Arbeitsgemeinschaft selbst geschehen soll. Für die kleinen Berufe wäre dieser Weg sehr vorteilhaft. Schwieriger aber gestaltet er sich bei den weiter ausgedehnten Berufen, die auch auf andere Gewerbe als das Bau- und das Ausbaugewerbe hinübergreifen. Es erscheint deshalb bei der Verschiedenheit der in der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft vertretenen Berufe das Gebotene, wenn die Kriegs-Arbeitsgemeinschaft diesen Berufsorganisationen die eigentliche Fürsorgetätigkeit überläßt und nur durch den Zentralausschuß auf ihre Handhabung einwirkt. Dieser soll die veranlassende Stelle sein, die den angeschlossenen Verbänden die Fürsorge als eine der wichtigsten Aufgaben dringend ans Herz legt, und er soll ihnen zur Erfüllung dieser Aufgabe gewisse Grundsätze geben. Es geschieht dies vielleicht passend in folgender Form:

Vorschlag:

Den Kriegsbeschädigten-Vollgenossen wendet zur Zeit die dahingebliebene Bevölkerung in erfreulicher Weise die größte Aufmerksamkeit zu. Von allen Seiten wird die Pflicht anerkannt, daß alle geeigneten Mittel in Anwendung kommen müssen, um den Verletzten den Wiedereintritt in das Wirtschaftsleben zu erleichtern und ihnen eine Existenz zu ermöglichen. Das Letztere ist das Wichtigste, denn es gilt, in den Verletzten das Bewußtsein zu erhalten, daß sie trotz der eingetretenen Beschränkung ihrer früheren Arbeitsfähigkeit sehr nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft geblieben und die Gesellschaft an der Erhaltung und Verwendung ihrer Kräfte ein großes Interesse hat. Diese Erkenntnis wird ihnen die Lebensfreudigkeit erhalten und zur Erfüllung ihrer Bürgerpflichten die erforderliche Kraft verleihen.

Vielfach haben sich Unternehmer- und Arbeiter-Verbände zur Förderung dieses Zieles zur gemeinsamen Tätigkeit zusammengeschlossen. Diese Arbeitsgemeinschaften erscheinen besonders geeignet, den Verletzten des engeren Gewerbes wertvolle Dienste durch sach- und fachkundigen Rat und Hilfe zu gewähren.

Ausgehend von dieser Erkenntnis beschließt der Zentralausschuß der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe:

„Die angeschlossenen Arbeitgeber- und Arbeiter-Verbände aufzufordern, die Fürsorgetätigkeit für die Kriegsbeschädigten Berufsangehörigen gemeinsam aufzunehmen und in Verbindung mit den allgemeinen Fürsorge-Organisationen gemeinsam durchzuführen.“

Hierzu werden folgende Grundsätze zur Berücksichtigung empfohlen:

Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: Unteroffizier **Bruno Hertel**, Mitglied der Verwaltungsstelle Berlin; Unteroffizier **Franz Schil** und **Franz Stehle**, Mitglieder der Zahlstelle Gossbach; **Robert Jarzambel**, Mitglied der Zahlstelle Oberglogau; **Heinrich Fröhlich** und **Osbert Dornauf**, Mitglieder der Zahlstelle Köln; **Stabt; Alois Diebrich**, Mitglied der Zahlstelle Rhum-springe. Der Kollege **Karl Gerlach**, Mitglied der Zahlstelle Rhum-springe erhielt das **Oberburgische Verdienstkreuz II. Kl.** Unfern Glückwunsch.

Die Kartoffelpetulanten auf der Sauer. Trotz einer Kartoffel-Notordernte herrscht auf den Märkten Kartoffelnot. Diese unerklärliche Erscheinung hängt mit den von der Regierung festgesetzten Höchstpreisen von 2,75 M bis 3,05 M ab loco Bahn zusammen. Diese Preise sind den Produzenten nicht hoch genug und halten sie daher mit der Ware zurück. Sie glauben jedenfalls, es wiederhole sich das gleiche Spiel wie im Februar dieses Jahres, als die Kartoffelhöchstpreise auf einen Schlag um 1,75 M pro Zentner erhöht wurden. Das war allerdings nach unserer Meinung ein starker Fehlgreif und ein unersetzliches Vorbild für kommende Gelegenheiten. Wie aber nunmehr von verantwortlicher Stelle mitgeteilt wird, denkt die Reichsleitung unter keinen Umständen daran, eine Erhöhung der von ihr festgesetzten Höchstpreise vorzunehmen. Die Produzenten werden auch bereits in einigen Bezirken von den Behörden aufgefordert, ihre Kartoffeln nicht willkürlich zurückzuhalten, da dies nur zu ihrem Nachteil sehr könnte. Ob es etwas nützt? Nach unserer Kenntnis her Dinge kaum. Nur durch Beschlagnahme wird die Kartoffelamplitude behoben werden.

Erhöhungen der Familienunterstützungen. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung fast aller Lebensmittel und die Verteuerung der Kleidung, Brennstoffe usw. war im Reichstag der Wunsch geäußert worden, es möchten für die kommenden Wintermonate die an die Kriegsfamilien zu zahlenden Unterstützungen angemessen erhöht werden. Angehts der Dürre war dies durchaus berechtigt. Die Reichsregierung hat deshalb die Mindestsätze für die Monate November bis einschließlich April auf 15 Mark für die Ehefrauen und 7,50 Mark für die sonstigen unterstützungsberechtigten Personen erhöht. Dabei wird angenommen, daß die Gemeinden diese Erhöhung der Mindestsätze nicht zu einer Verabfolgung der von ihnen bisher gewährten Zuschüsse benutzen. Die Kriegsvorbereitungen sind darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhung der Mindestsätze nicht eine Entlastung der Gemeinde bewirkt, daß das Ziel der Maßnahme vielmehr nur dann erreicht wird, wenn die höheren Mindestsätze den Familien im vollen Umfange zugute kommen.

Ausschluß Legien's aus der sozialdemokratischen Partei. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Kiel und Vorsitzender der Centralkommission der freien Gewerkschaften, Legien, ist von der Reichskonferenz des Wahlkreises Niederbarmin aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Die Ursache liegt zunächst in den Gegensätzen zwischen den Radikalen und den Revisionisten, die in persönliche Auseinandersetzungen ausarteten, die den Ausschluß zur Folge hatten. Legien teilt dies selbst in der „Chemnitzer Volksstimme“ mit. Daß dieser Ausschluß in den übergeordneten Zuständen keine Bestätigung finden wird, steht für uns außer Zweifel. Charakteristisch ist nur, wie weit die Gegenfähigkeit in manchen Wahlkreisorganisationen innerhalb der Sozialdemokratie gediehen sind.

Unser wichtiges Nahrungsmittel Butter und Milch. Die sehr starke Steigerung der Preise für unsere notwendigen Nahrungsmittel gibt dauernd zu den lebhaftesten Klagen in der Bevölkerung Anlaß. Aber es wird wohl kaum eine Preissteigerung so unangenehm empfunden, als die für Butter und Milch. Für Milch ist in den letzten Wochen in den Großstädten der Preis pro Liter auf 30 bis 35 Pfennig erhöht, und Butter erreicht bereits den Preis von 3 M pro Pfund. Der Kriegsaus-schluß für Konsumenteninteressen hat in einer Engpass an das Reichsamt des Innern die Abstellung dieser unerträglichen Zustände gelockert. Er verlangt die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch, die aber in enger Verbindung stehen muß mit einer Preisbegrenzung für Butter und Käse. Ohne die Festsetzung von Höchstpreisen für Butter und Käse würde bei der Landwirtschaft nur der Anreiz entstehen, größere Mengen von Milch für die Butter- und Käsebereitung zur Verfügung zu stellen und damit das für den Konsum zur Verfügung stehende Quantum Milch verringert werden. Es wird ferner verlangt, daß die Herstellung von Käse aus Vollmilch verboten wird. Befürwortet dagegen wird die Herstellung von Käse aus Magermilch. Dabei würde der Eiweißgehalt der Magermilch der menschlichen Nahrung zugeführt, während leider gegenwärtig der größte Teil der Magermilch zur Viehfütterung benutzt wird. Bei dieser Verwendung der Magermilch geht nur ein Viertel des Eiweißgehalts in die Fleischproduktion über. Bei dem Mangel an eiweißhaltiger Nahrung ist es dringend notwendig, daß die Nahrungsmittel mit größerem Eiweißgehalt vollkommen der menschlichen Nahrung zur Verfügung gestellt werden. Was die praktische Durchführung dieses Vorstoßes an-betrifft, so beruht sich die Eingabe auf die Verordnung des Generalkommandos in Bayern, die von der Bevölkerung recht zustimmend aufgenommen wurde. Aber auch bei dieser Verordnung zeigt sich bereits, daß ohne eine Regelung für das ganze Reich die Durchführung Mängel auf-wieist. Vor allem klagen die Bezirke, die früher Milch und Produkte der Molkerei aus Bayern bezogen haben, daß

ihnen durch die Beschränkung der Ausfuhr aus Bayern große Schwierigkeiten in der Versorgung entstanden sind, die vom Handel zu abermaligen Preissteigerungen be-nutzt werden. Die Eingabe bekräftigt, daß die Landwirt-schaft die gegenwärtige Preissteigerung begründen oder mit Recht fordern kann. Die hohen Preise für Butter lassen sich nur erklären aus der ungünstigen Marktlage. Es fehlt an Deden und Fetten, und dieser Mangel wirkt preistreibend für Milch und Molkereiprodukte. Ohne eine Preisfestsetzung ist den weiteren Preistreibern kein Ziel zu setzen.

Winnen drei Tagen. Schon immer während des Krieges hat das verbrauchende Publikum das herzhafte Zugreifen der Militärbehörden erprobt. Wenn etwas als richtig erkannt wurde, da wurde nicht mehr lange gefadelt. Um der andauernd steigenden Verteuerung der Lebens-mittel entgegenzuarbeiten, hat das stellvertretende Gene-ralkommando des 2. Armeekorps (Stettin) folgendes an-geordnet: „Die Bürgermeister bzw. Landräte haben Aus-schüsse binnen drei Tagen einzusetzen, die die Preis-lidung zu übernehmen und die Uebervorteiler anzuzeigen haben. Die Molkereigenenschaften, denen billigerweise ein ihnen zutreffender Verdienst gewährt werden soll, haben vollen Einblick in ihre Geschäftsführung zu gewähren. Die Preisbildungsprüfung erstreckt sich ferner auf den Kleinhandel für Kolonialwaren und Kartoffeln und darauf, ob die Selbstverfolger bei den kleinen Mäkten nicht übervorteilt werden. In besonders schweren Fällen ist beim Generalkommando Geschäftsbesichtigung zu be-antragen.“ Kurz und bündig. Wenn's doch auch bei den Zivilbehörden so ginge!

Einem Uebervorteiler der Lebensmittelpreise wurde in Saarbrücken, wie wir der „Nö.-Z. Ztg.“ ent-nehmen, das Handwerk gelegt. Gegen den dortigen Butter-großhändler Wald waren Beschwerden wegen seiner Preis-förderung für Butter erhoben worden, so daß die Preis-richtungsstelle eine Untersuchung gegen Wald einleitete. Ihn sich zu rechtfertigen, sagte Wald nun der Behörde Rechnungen vor, aus denen der Beweis erbracht werden sollte, daß er für die im Städtischen Schlachthaus lagernde Butter selbst 2,28 M gezahlt habe. Die Behörde begnügte sich aber mit diesen ihr wohl verdächtig erscheinenden Rechnungen nicht, sondern beschlagnahmte sofort auch die Verkaufsbücher. Hieraus konnte nun aber festgestellt wer-den, daß der Beklagte die vorgelegten Rechnungen nur zu dem Zweck angefertigt hatte, um seine hohen Preise zu rechtfertigen. In Wirklichkeit hatte er für die Butter einen wesentlich geringeren Preis gezahlt, nämlich nur 2,01 M für das Pfund. Er hatte also den Einkaufspreis um 27 Pf für das Pfund zu hoch angesetzt. Auf Grund der Verurteilung des Bundesrats vom 23. September 1915 wurde infolgedessen dem Wald der Handel mit Butter, Eier und Käse verboten. Der Vorfall dürfte geeignet er-scheinen, den Händlern, die meinen, aus Eigenmuth die schwere Zeit zu einer Uebervorteilung der Verbraucher aus-nutzen zu können, einen heilsamen Schreck einzujaugen.

Die Vorbereitung sozialer Gesetze ist für ihre end-gültige Erhaltung und spätere Ausführung von ausschlag-gewendiger Bedeutung. Von den Arbeiterorganisationen ist es deshalb als großer Mangel empfunden worden, daß sie bisher nicht zu den Vorbereitungen sozialer Gesetz-entwürfe direkt gezogen wurden. Erfreulicherweise scheint sich hierin nun auch ein Umschwung anzubahnen. Seit dem Kriegsausbruch sind die Arbeiterberufsorgani-sationen von den Regierungsinstitutionen sehr bei den ver-schiedenen Anlässen zu Verhandlungen herangezogen und ge-fördert worden. Erwähnt seien die — später von den Groß-industriellen heftig kritisierten — Verhandlungen zwischen Regierung und Fernarbeiterorganisationen über die Frage der Einigungsämter im Bergbau; ferner an die Verhand-lungen über die Arbeitsnachweissfrage. Mitte September hat auf Einladung des Reichsamts des Innern eine Vor-beratung über einen Gesetzentwurf zur Regelung der Nachtarbeit im Bäckerei- und Konditoreibetriebe statt-gefunden, wozu sowohl die Arbeiterorganisationen wie die Arbeitgeberverbände eingeladen waren. In der gewerkschaft-lichen Arbeiterpresse kommt die Genehmigung über diese Art der Einberufung offen zum Ausdruck. „Für die ge-samte Arbeiterschaft bedeutet diese Sitzung einen Mark-stein in der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit“, schreibt das Zentralblatt der christlichen Gewerk-schaften (Nr. 21, 1915). „Sie hat symptomatische Be-deutung für alle Arbeitergruppen, weil wir hoffen, daß diese Tagung nicht die letzte ihrer Art gewesen ist.“ Im Interesse der sozialen Gesetzgebung und ihrer praktischen Erfolge, die ohne das Vertrauen der Nation in Frage gestellt sind, ist zu wünschen, daß die Regierung auf dem jetzt eingeschlagenen Wege wahrhaft um alle Einwände weiter fahren möge.“

Kriegsschäden. Schreckliche Verwüstungen richtet der Krieg an. Der Einfall der Russen in Ostpreußen und der Franzosen in Elsaß-Lothringen hat Hunderttausende von Deutschen um Haus und Herd, um Hab und Gut gebracht. Nach einem Vortrag des Oberpräsidenten von Ostpreußen, sind dort über 20 000 Gebäude nieder-gebrannt, 250 000 Menschen auf der Flucht. Viele Millionen Mark sind bereits aus Staatsmitteln und durch private Hilfsstätigkeit aufgebracht worden, um die größte Not der Betroffenen zu lindern. Vieles hat noch zu geschehen. In der Nr. 56 der „Kraim. Nachr.“ regt Prof. Kalnowitsch eine Hilfsaktion für die Bewohner der österreichischen Ukraine an. Dort haben die Russen in schrecklicher Weise gehaust. In den ukraini-schen Bezirken Galiziens sind mindestens 565 000 Wohn- und Wirtschaftsgebäude gänzlich und 90 000 Gebäude teil-weise vernichtet und zerstört worden. Im Bezirk Frey-mühl wurden 98 Ortschaften, 7000 Bauernhöfe mit 12 000 Gebäuden vernichtet. Bei den Erhebungen im Bezirk Droßobitisch wurde bisher die Vernichtung von 90 Bauernhöfen, im Bezirk Tomnath von 263 Bauernhöfen festgestellt. Den Wiederaufbau der verwüsteten Landes-teile hat die landwirtschaftliche Gesellschaft „Zülschlag Des-

1. Als Organe der Fürsorge gelten die Paritätsgemein-schaften der einzelnen Verbände und Vereine, und wo solche nicht bestehen, die von den in Frage kommenden Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden zu bildenden pari-tätischen zusammengesetzten Kommissionen.

2. Die Arbeitgeber des deutschen Baugewerbes er-kennen es als ihre Pflicht an, die Kriegsverletzten und die durch die Einwirkungen des Krieges in ihrer Gesundheit Geschädigten in den Betrieben, in welchen sie vor der Einberufung tätig waren, wieder aufzunehmen, und, so weit sie ihre frühere Beschäftigung nicht mehr ausüben können, durch An- und Umlernen für eine geeignete Be-schäftigung in eigenen Betrieben zu unterstützen. Die Ver-letzten, die in ihren früheren Betrieben nicht mehr auf-genommen werden können, und solche, die vor der Ein-berufung arbeitslos waren, sollen gleichfalls in ihren bisherigen Berufszweig in Arbeit gebracht werden.

Solchen Kriegsbeschädigten, die nicht mehr in dem bisherigen Beruf arbeiten können, sich aber zu anderen Arbeiten im Betriebe eignen, ist die hierzu notwendige Gelegenheit zur Ausbildung zu geben.

Sind die Verletzten im Baugewerbe nicht unterzu-bringen, oder läßt die Art der Verletzung die Wieder-aufnahme im früheren Berufszweig nicht zu, so ist auf deren Unterbringung in einem Berufszweig hinzuwirken, dessen Anforderungen den körperlichen und geistigen Ver-anlagen der Verletzten entspricht.

3. Die Arbeitsvermittlung der Kriegsbeschädigten ist als gemeinsame Aufgabe der Fürsorgetätigkeit zu be-trachten.

4. Der Kriegsbeschädigte erhält bei Zeitlohnarbeiten einen seinen Leistungen entsprechenden Lohn, der im ge-rechten Verhältnis zu dem tariflichen oder im Gewerbe üblichen Lohn steht. Bei Akkordarbeiten erfolgt die Ent-lohnung nach den tariflichen Akkordhöhen oder den im Gewerbe üblichen Akkordpreisen.

Eine geringere Entlohnung, insbesondere unter Be-rufung auf die den Verletzten zuerkannte Rente, ist un-zulässig.

5. Die angeschlossenen Verbände erkennen es als ihre Pflicht an, die Kriegsbeschädigten gegen zu geringe Ent-lohnung zu schützen. Streitigkeiten, die hieraus und aus dem Arbeitsverhältnis sich ergeben, unterliegen der Ent-scheidung der berufenen oder der hierzu zu bildenden Schlichtungsorgane.

Zu der sich anschließenden Aussprache über die Vor schläge wurde durch Herrn Popp als Ar-beitgebervertreter die Notwendigkeit einer solchen beruflichen Fürsorge anerkannt und die Bereitwillig-keit der Arbeitgeber dazu ausgesprochen. Nur bezüglich des einzuschlagenden Weges herrschten ver-schiedene Ansichten. Während man auf Arbeit-geberseite der Ansicht war, daß der Zentralausschuß von sich aus gar keine Anweisungen den Zentral-organisationen erteilen könne, wohl aber den ihm unterstellten Bezirksausschüssen, wurde von Arbeit-nehmerseite geltend gemacht, daß man bei Besprechen des letzteren Weges die Berufsorganisationen, denen die Möglichkeit zur Aufstellung besonderer Nicht-linien bleiben muß, ausschalte. Nachdem in längerer Aussprache, an der sich alle Anwesenden beteiligten, festgestellt war, daß grundsätzliche Meinungsver-schiedenheiten nicht bestehen, einigte man sich auf folgenden beide Auffassungen berücksichtigenden Beschluß:

„Der Zentralausschuß erklärt sich mit den vorge-legten Grundsätzen im allgemeinen einverstanden. Diese Grundsätze sollen den Bezirksausschüssen der Kriegs-arbeitsgemeinschaft mit dem Auftrage bekanntgegeben werden, die Fürsorgetätigkeit für die Kriegsbeschädigten in Verbindung mit den bestehenden Fürsorge-Organisa-tionen, und wo solche nicht bestehen, selbständig gemein-sam aufzunehmen.“

Den Zentralorganisationen der einzelnen Gewerbe bleibt unbenommen, sich über die Behandlung der Kriegs-beschädigtenfürsorge besonders zu verständigen.“

Herr Popp gab namens der der Kriegsarbeit-gemeinschaft angehörigen Arbeitgeberverbände noch folgende Erklärung ab:

„In der Verbandszeitung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands“ ist schon wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, daß dieser Zentralver-band von der Kriegsarbeitgemeinschaft ausgeschlossen worden sei. Das ist unzutreffend, der Verband gehört der Arbeitsgemeinschaft seit seinem, gemeinsam mit 17 anderen Gewerkschaften erfolgten Eintritt im Oktober 1914 unverändert an. Im Zentralausschuß der Kriegs-arbeitsgemeinschaft ist der Zimmerer-Verband allerdings nicht vertreten. Die fünf Arbeitervertreter dieses Aus-schusses sind ohne Mitwirkung der Arbeitgeber allein von den Vertretern der Gewerkschaften bestimmt worden. Die hierbei besetzten Grundsätze sind den Arbeitgebervertretern unbekannt.“

Herr Popp verlangte die Aufnahme dieser Erklärung in den Sitzungsbericht. Die Arbeiter-vertreter erhoben dagegen Einwendungen. Die Beschwerde des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands“ richtete sich nur gegen die Vertreter der drei Arbeiterverbände, die an der ersten gemeinsamen Sitzung am 13. Oktober 1914 teilgenommen haben. Deshalb erübrige sich die Aufnahme dieser Er-klärung in das Protokoll dieser Sitzung. Die Be-schwerde selbst dürfte aber durch eine neulich erfolgte Aussprache ihre Erledigung gefunden haben.

Die Arbeitgebervertreter bestanden unter dem Hinweis auf der Aufnahme, daß es selbstverständlich jeder Partei zustehe, protokollarische Erklärungen abzugeben.

Da weitere Anträge nicht vorlagen, wurde die Sitzung hierauf geschlossen.

